

Carsten Linnemann

»Die machen eh, was sie wollen«

Wut, Frust, Unbehagen –
Politik muss besser werden



FREIBURG · BASEL · WIEN

*Die Erlöse dieses Buches fließen komplett an die Stiftung Lebenslauf.
(www.stiftung-lebenslauf.de)*



© Verlag Herder GmbH, Freiburg im Breisgau 2017
Alle Rechte vorbehalten
www.herder.de

Umschlaggestaltung: Christian Langohr, Freiburg
Satz: Carsten Klein, München
Herstellung: CPI books GmbH, Leck

Printed in Germany

ISBN 978-3-451-37736-5

Inhalt

1. Einleitung – Das Haus droht einzustürzen	7
2. Seit der Euro- und Flüchtlingskrise – Mehr als ein Stimmungswandel	13
2.1 Ungerechtigkeiten	15
<i>Begegnungen: Arbeit, Leben, Rente & Co. –</i> <i>»Werde ich abgehängt?«</i>	16
<i>Die Wiedererfindung der Sozialen Marktwirtschaft</i>	31
2.2 Unsicherheiten	77
<i>Begegnungen: »Bleibt Deutschland in Zukunft</i> <i>noch unser Deutschland?«</i>	79
<i>Mut zur Begrenzung: Damit die Ordnung aufrecht</i> <i>erhalten wird</i>	106
3. Entfremdung zwischen Politik und Bürgern – Eine gefährliche Entwicklung und wie sie gestoppt werden kann	125
4. Fazit – Entschieden den richtigen Weg gehen	149
Danksagung	159
Literaturverweise	161

1. Einleitung – Das Haus droht einzustürzen

Seit acht Jahren suche ich als direkt gewählter Abgeordneter für die CDU im Deutschen Bundestag in meinem Wahlkreis Bürger in ihrem ganz privaten Umfeld auf. Dabei gehe ich bewusst zu ihnen nach Hause, weil sie in den eigenen vier Wänden am besten Klartext sprechen können.

Neben diesen Hausbesuchen treffe ich die Bürger auch auf Volksfesten, bei Empfängen oder auf dem Sportplatz, und wo immer sich am Rande eine Gelegenheit für ein kurzes Gespräch bietet. Aber wesentlich ergiebiger sind für mich die Gespräche am Küchentisch. Denn aus diesen Begegnungen bekomme ich ein Gefühl für die Stimmung vor Ort und im Land. Dabei erfahre ich die ungeschminkten Wahrheiten aus dem Alltag der Menschen und lerne die Probleme kennen, die sie wirklich berühren und für die sie Lösungen erwarten.

In all den Jahren war die Meinung immer gemischt. Es gab Unzufriedenheit, aber auch Zustimmung und Anregungen. Inzwischen ist die wechselhafte Stimmung in einen allgemeinen Frust und generelles Unverständnis umgeschlagen. Die Verunsicherung ist groß. Ich sehe sogar zunehmend die Besorgnis der Menschen vor einem Zerfall der Grundwerte dieses Staates, dem Verlust von Sicherheit, Ordnung und einer weitgehend planbaren Zukunft.

Das Ganze lässt sich sehr anschaulich anhand eines Gedankenbildes darstellen. Man stelle sich ein Haus vor. Da ist zunächst das solide Fundament, auf dem sich alles gründet. Das ist die Demokratie. Die tragenden Wände sind nach meiner Defini-

tion »Gerechtigkeit« und »Sicherheit«. Dazwischen leben die Menschen, sie bevölkern das Haus. Die gute Luft, die sie atmen, nenne ich »Freiheit«.

Für das schützende Dach, und damit für die Stabilität des ganzen Hauses, sind vor allem die Politiker verantwortlich, zusammen mit den Personen, die an der Spitze von Wirtschaftsunternehmen, Gewerkschaften, Medienunternehmen oder etwa Kirchen stehen. Sie müssen dafür sorgen, dass die Wände halten. Falls dies nicht mehr gelingt, machen die Bürger »die da oben« für wachsende Ungerechtigkeit und mangelnde Sicherheit im Haus verantwortlich.

Einige dieser Bürger, mit denen ich gesprochen habe, kommen mit ihrer Kritik und ihren Wünschen in diesem Buch zu Wort. Sie gaben mir spontan die Zustimmung, ihre Meinung wortgetreu zu verwenden. Ich respektiere natürlich ihren Wunsch, Namen und Wohnorte vertraulich zu halten.

Galoppierender Stimmungswandel

Dass die Stimmung in der Bevölkerung kippt, wurde in meinen Augen erstmals während der Eurokrise deutlich. Damals meldeten sich mehr Bürger bei mir als jemals zuvor. Selbst Menschen, die sich als eher unpolitisch bezeichneten, wollten sich mit mir austauschen. Plötzlich sah sich der Bürger einer für ihn zunehmend unüberschaubar werdenden Welt ausgesetzt, in der es ungerecht zugeht und in der am Ende Banken und Staaten gerettet werden. Sein Arbeitsplatz aber, seine Ersparnisse und seine Altersvorsorge gerieten in Gefahr.

Mein Eindruck war: Mit dieser Krise war auch mehr Misstrauen eingekehrt. Die Menschen schauten argwöhnisch nach Berlin, immer mit dem Bauchgefühl, dass diese Krise noch lange dauern könnte. Auch der niedrige Zins sorgte bereits für Verdruss, aber der große Aufstand und der große Empörungsschrei blieben noch aus.

Der kam dann aber wenige Jahre später. Nämlich im Spätsommer 2015, als bis zu 10.000 Flüchtlinge täglich zu uns nach Deutschland strömten. Einige Wirtschaftsführer riefen schon das neue Wirtschaftswunder aus, die Medien berichteten meist positiv und blendeten damit die Ängste vieler Bürger aus. Mein Mailpostfach quoll beinahe über, das Telefon stand nicht still und auf der Straße sprachen mich in dieser aufgeladenen Stimmung viele Bürger an. Für sie war die Krise nun nicht mehr abstrakt, sondern sehr real. Denn plötzlich sahen sie die Menschen, die geflüchtet waren, auf der Straße.

Diese Menschen flüchteten aber nicht nur vor Krieg. Eine große Zahl kam aus anderen Gründen – weil sie der wirtschaftlich bedrückenden Situation in ihren Heimatländern entfliehen wollten und sich in Deutschland bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen erhofften. Sie mischten sich zu Hunderttausenden unter die Kriegsflüchtlinge und kamen, ebenso unregistriert und sogar unkontrolliert, über unsere Grenzen.

Es kamen und kommen Menschen zu uns mit völlig anderen Wertvorstellungen und Lebensgewohnheiten. Viele von ihnen erwecken Mitleid, andere wiederum verschrecken durch ihr forderndes und ungeduldiges Auftreten. Damit ist wohl die empfindsamste Ader eines jeden Bürgers berührt: die der eigenen Identität und der Sicherheit im Land.

Entfremdung von Politik und Bürgern

Ich bin davon überzeugt, dass die Euro- und die Flüchtlingskrise die Entfremdung von Politik und Bürgern massiv verstärkt und die politische Atmosphäre in Deutschland verschlechtert haben. Sie waren gleichzeitig ein Ventil für viele aufgestaute Problemfelder. Die Eurokrise hat nochmals Themen, wie die Sorge um eine sichere Rente, den Arbeitsplatz oder einen angemessenen Lohn, zusätzlich befeuert. Sie schürt gerade in der gesellschaftlichen

Mitte Abstiegsängste. Die Bürger haben für diese Entwicklung nur einen Kommentar übrig: »Bei uns geht es nicht mehr gerecht zu.« Und genau damit warnen sie davor, dass die erste tragende Wand des gemeinsamen Hauses brüchig zu werden droht.

Die Flüchtlingskrise wiederum traf den Sicherheitsnerv der Menschen. Damit war die zweite tragende Wand betroffen. Und so sind wir bei Themen wie Migration und Integration.

Dass hier etwas aus den Fugen zu geraten droht, ist offensichtlich. Viele Bürger sorgen sich um die Zukunft ihrer Kinder. Aber nicht wenige fühlen angesichts der bereits absehbaren Umbrüche auch Angst, dass sie selbst schon auf der Strecke bleiben und abgehängt werden.

Je mehr ich in den Gesprächen mit den Bürgern aufkeimende Wut, Frust und Unbehagen heraushöre, desto häufiger höre ich den Satz »Die machen eh, was sie wollen«. Für einen Politiker ist dieser Satz ein deprimierendes Urteil. Denn er besagt letztlich, dass die Politik zwar im Namen des Volkes, aber nicht mehr in dessen Sinne handelt. So jedenfalls sehen es viele Bürger, die auch beklagen, dass sich Politik von eigenen Interessen und Ansichten leiten lässt oder aber von Vorgaben sehr einflussreicher Lobby-Gruppen.

Entscheidungen, die im Bundestag diskutiert werden, werden in der Bevölkerung häufig nicht einmal zur Kenntnis genommen. Andere Entscheidungen stoßen auf Unverständnis und Ratlosigkeit. Der ganz normale Bürger, der seine Steuern zahlt und sich an Recht und Gesetz hält, fühlt sich politisch nicht mehr richtig vertreten. Er geht nicht mehr zur Wahlurne oder sucht in seiner Enttäuschung nach politischen Alternativen. Protestparteien bekommen Zulauf.

Seit langem schon sind viele Bürger enttäuscht von Politik und Parteien, wenn nicht gar wütend. Besonders frustriert sind sie von den großen Volksparteien. Und sie haben allen Grund dazu,

weil diese sich immer weniger voneinander unterscheiden und in ihrem Bemühen um Kompromisse die wirklichen Probleme nicht mehr an der Wurzel packen. Stattdessen kaufen sie lieber Zeit oder fahren auf Sicht. Das ist keine gute Entwicklung. Sie ist sogar falsch und verheerend für unser Gemeinwesen. Sie schwächt ökonomisch und sie spaltet, weil sie die Bürger nach und nach der Möglichkeit beraubt, selbstbestimmt das Beste aus ihrem Leben zu machen und füreinander einzustehen. Damit diese Möglichkeiten aber geschaffen werden und erhalten bleiben, braucht es eine Politik, die den Menschen in der Mitte der Gesellschaft wieder Spielräume eröffnet und ihnen gleichzeitig Rückhalt gibt. Gerade in schwierigen und unübersichtlichen Zeiten wie diesen brauchen wir eine klare Zielvorstellung und eine eindeutige Marschroute, wie Deutschland in zehn oder fünfzehn Jahren aussehen soll. Mehr noch: Die Menschen, die wir Politiker vertreten, haben ein Recht darauf. Und sie haben ein Recht auf Politiker, die bereit sind, für diesen Weg auch Risiken einzugehen.

An diesen Marschrouten mitzuwirken – das ist meine Motivation für dieses Buch und generell für mein Bemühen, mich für den Erhalt der Einheit der Gesellschaft einzusetzen. Denn es geht mittlerweile um viel mehr als darum, kurzfristig agierend nur an kleinen Stellschrauben zu drehen. Es ist an der Zeit, der bereits deutlich sichtbaren Spaltung der Gesellschaft in Deutschland durch lange Linien in der Politik entschieden entgegenzusteuern.

Meine Deutschlandreise

Als Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der Union bin ich in ganz Deutschland unterwegs und habe häufig die Chance, auch mit Bürgern außerhalb meines Wahlkreises in Kontakt zu kommen. Diesen Umstand habe ich in der parlamentarischen Sommerpause 2016 genutzt, um noch intensiver mit den Bürgern zu sprechen. Es wurde eine Reise in

den Alltag der Bürger und zu ihren ganz persönlichen Vorstellungen von einer bürgernahen Politik.

Ich traf unter anderem Erzieher, Polizeibeamte, Fernfahrer, Krankenschwestern, Friseure und Altenpfleger, und sie offenbarten mir ihre Sorgen, Ängste und Wünsche. Aus den Antworten ergaben sich aber immer mehr neue Fragen, die alle in die gleiche Richtung führten: Es ging meistens um Sicherheit und Gerechtigkeit.

Da ich selbst Politiker bin und damit Teil des kritisierten Systems, habe ich diese Fragen auch mit Politikerkollegen diskutiert, aktiven wie ehemaligen. Ergänzend dazu suchte ich das Gespräch mit Wissenschaftlern, Journalisten, Richtern, Wirtschaftsführern und Vertretern von Kirchen, um Lösungswege zu finden, wie wir aus diesem Stimmungstief wieder herausfinden. Diese Gespräche sind ebenso wie die Begegnungen mit den Bürgern Ausgangspunkt und Grundlage für das, was ich in meinem Buch an Ideen und Vorschlägen herausgearbeitet habe.

Wer bessere Politik für die Bürger machen will, muss zunächst die Notwendigkeit von Veränderungen erkennen und dann entsprechende Korrekturen vornehmen. Das setzt aber in jedem Fall voraus, dass wir in diesem Prozess die Menschen mitnehmen. Denn Politik ist kein Selbstweck, sondern sie richtet sich immer und ausschließlich an die Bürger.

2. Seit der Euro- und Flüchtlingskrise – Mehr als ein Stimmungswandel

German Angst, die typisch deutsche Angst, ist fast schon zu einem geflügelten Wort geworden. Geprägt wurde es im angelsächsischen Raum, wo bereits seit Jahren mit einiger Verwunderung beobachtet wird, wie ängstlich sich die Deutschen oftmals zeigen. Und in der Tat spielte in den Rankings der ängstlichsten Nationen weltweit Deutschland immer ganz vorne mit. Man mag darüber lächeln, aber man sollte auch bedenken, dass Angst per se nichts Schlechtes ist, sondern vor tatsächlichen Risiken und vor leichtsinnigem Handeln schützen kann.

Erstaunlich ist es aber schon, dass sich die deutsche Mentalität in diesem Punkt so deutlich von der anderer Nationen unterscheidet. Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt hat dazu vor einigen Jahren einmal gesagt, dass die Deutschen die Neigung hätten, sich zu ängstigen, und zwar seit dem Ende des Nationalsozialismus. Er mutmaßte, dass dahinter das Bewusstsein des im Krieg Erlittenen stecken könnte. Vielleicht waren auch deswegen die Deutschen und ihre Ängste immer ein interessantes Studienobjekt.

Meistens kreisen die Ängste der Deutschen aber um ihre wirtschaftliche und finanzielle Situation. Ausnahmen von dieser Regel gibt es nur wenige, wie zum Beispiel im Jahr 1999, in dem sich die Deutschen mehrheitlich davor fürchteten, in einen Krieg hineingerissen zu werden – ausgelöst vom Kosovo-Konflikt. Für die Bundeswehr brach damals eine neue Ära an, denn sie wurde erstmals in ihrer Geschichte in einen Auslandseinsatz geschickt.

Doch schon ein Jahr später, also im Jahr 2000, als der Krieg im Kosovo beendet war, kehrten die Menschen zu ihren altbekannten Nöten zurück, also zu jenen, die ihre wirtschaftliche und finanzielle Situation betreffen. Bis zum Jahr 2015, also satte 15 Jahre lang, nahmen diese Ängste bei den Deutschen immer den Spitzenplatz ein, wobei zwei Jahre besonders hervorstechen: Im Jahr 2008 während der globalen Banken- und Finanzkrise fürchteten sich 76 Prozent vor allem vor einer schweren Inflation. 2011 schauten die Menschen mit Sorge nach Griechenland und auf die europäische Rettungsschirmpolitik. 73 Prozent der Deutschen bezeichneten die Kosten der Eurokrise als ihre größte Sorge – eine Sorge, die bis 2015 die größte blieb. Sie wurde erst durch die Ereignisse der Flüchtlingskrise abgelöst. Seit 2016 hat die größte Angst der Deutschen einen neuen Namen: Terrorismus.

Wer nun meint, dass es sich hier um normale Stimmungsschwankungen handelt, verkennt, dass diese mit einem erheblichen Verlust an Vertrauen in die Politik allgemein einhergehen. So hat die Stiftung für Zukunftsforschung in einer Studie 2015 ein kontinuierlich wachsendes Misstrauen der Bürger gegenüber Politikern festgestellt: Waren im Jahr 2013 rund 77 Prozent der Befragten der Ansicht, dass die Politiker künftig an Zustimmung verlieren dürften, stieg dieser Wert ein Jahr später bereits auf 81 Prozent und noch ein Jahr darauf sogar auf 87 Prozent an. Dieser hohe Wert findet sich auch in einer Umfrage vom Frühjahr 2016 wieder, in der 82 Prozent der Befragten auf die Frage, wie viel Vertrauen sie denn in die Politik hätten, antworteten, dass sie nur wenig bis gar kein Vertrauen hätten.

Damit bestätigt sich, was ich aus den Bürgergesprächen mitgenommen habe: Da kippt etwas. Die Sorge um den eigenen Lebensstandard mag menschlich und daher allgegenwärtig sein. Aber wenn sie sich so stark zuspitzt, dass sie mit einem erheblichen und kontinuierlichen Verlust des Vertrauens in die Politik

einhergeht, dann sollten alle Warnlichter aufleuchten. Erst recht, wenn die Aussagen »es geht nicht mehr gerecht zu« und »ich fühle mich nicht mehr sicher« immer lauter und öfter geäußert werden.

Wenn die Politik dem Bedürfnis der Menschen nach Gerechtigkeit und Sicherheit nicht mehr ausreichend nachkommt, setzt ein breiter Vertrauensverlust ein, der am Ende das gesamte System gefährdet. Das anfangs skizzierte Haus droht einzustürzen. Insofern erscheint es zwingend notwendig, im folgenden Kapitel die tragenden Wände, nämlich Gerechtigkeit und Sicherheit, etwas eingehender auf Risse und ernsthafte Schäden zu untersuchen.

2.1 Ungerechtigkeiten

Für Gerechtigkeit zu sorgen – das war und ist immer noch eine zentrale Forderung der Bürger an die Politik. Nun kann man sicher intensiv darüber philosophieren, was am Ende wirklich gerecht ist. Der Begriff Gerechtigkeit ist schwer zu fassen, sehr vielschichtig und sogar kulturellen Prägungen unterworfen. Nicht ohne Grund unterscheiden wir sogar zwischen verschiedenen Formen von Gerechtigkeit, wie zum Beispiel der Chancen- oder Generationengerechtigkeit.

Trotz dieser Vielfalt stelle ich immer wieder fest, dass die Menschen eine erstaunlich klare Vorstellung davon haben, was Gerechtigkeit bedeutet. Sie verwenden diesen Begriff auffallend oft, wenn es um die Anerkennung und auch monetäre Belohnung von Arbeits- und Lebensleistungen geht. Dabei wird durchaus anerkannt, wenn Menschen herausragende und besondere Leistungen erbringen und dafür auch gut und überdurchschnittlich entlohnt werden. Gleichzeitig werden natürlich Parallelen zur eigenen Situation gezogen und es wird geprüft, ob das Verhältnis von Leistung und Entlohnung im Vergleich mit anderen noch stimmig ist.

Aber selbst wenn die Bürger eine Verschlechterung der eigenen Lebensperspektiven nicht wirklich messen können, sondern sie diese vielleicht auch nur empfinden und sich entsprechend fühlen, darf Politik solche Stimmungen nicht mit einem Verweis auf verzerrte Wahrnehmungen abtun. Im Gegenteil, Politik ist sogar in der Pflicht, sie aufzunehmen und ihnen auf den Grund zu gehen.

Begegnungen: Arbeit, Leben, Rente & Co. – »Werde ich abgehängt?«

*»Für den Euro habt ihr Politiker immer Milliarden übrig, aber an meiner kleinen Rente, da spart ihr! Das ist doch nicht gerecht!«
(Hans-Dieter P., 76, Rentner, im August 2016)*

»Was hat die Soziale Marktwirtschaft eigentlich noch mit diesen Rettungsschirmen zu tun?«, will der rüstige Rentner von mir wissen. »Veräppeln lassen wir uns nicht. Als ob Deutschland jemals die Kredite von Griechenland zurückgezahlt bekommt. Wie soll das denn funktionieren, wenn ein verschuldetes Land wie Deutschland einem noch viel höher verschuldeten Griechenland immer mehr Geld leiht?«

Was kann man als Politiker einem Bürger in so einem Moment entgegen? Leider nichts, das ihn beschwichtigen, geschweige denn überzeugen könnte. Er hat natürlich in einem Punkt völlig recht: Die Euro-Rettungspolitik der vergangenen Jahre hat nur noch wenig mit Sozialer Marktwirtschaft zu tun. Eine der wichtigsten Spielregeln unserer Wirtschaftsordnung lautet nämlich, dass jeder für sein Handeln zunächst mal selbst verantwortlich ist. Wenn das Handeln zum Gewinn führt, bekommt er den Gewinn, wenn er damit Schaden verursacht, muss er den Schaden tragen.

In meinen Augen gilt dies in der Euro-Rettungspolitik leider seit Jahren nicht mehr, weil die Schulden über die diversen Rettungsschirme quasi vergemeinschaftet werden. Kein Wunder, dass sich die Reformbemühungen der Krisenländer in überschaubarem Rahmen halten. Warum sollten sie auch mehr tun? Im Zweifel zahlen ja die Steuerzahler anderer Länder.

Erinnern wir uns: Den großen Schock gab es im Sommer 2007, als in Amerika die Immobilienblase platzte. Hunderttausende verloren ihre Häuser, die Banken saßen auf Milliarden fauler Kredite und der amerikanische Staat war gezwungen, sie massiv zu stützen, um einen sich abzeichnenden Kollaps des Banken- und Wirtschaftssystems zu verhindern. In der Folge der Krise gerieten auch die Banken in Europa so heftig ins Schlingern, dass viele Staaten sich massiv für die Bankenrettung verschulden mussten. Dadurch stiegen wiederum die Zinsen, zum Beispiel in Irland, Griechenland und Portugal, spürbar an. Plötzlich waren es nicht mehr nur die Banken, die gestützt wurden, sondern selbst für Staaten mussten große Rettungsschirme aufgespannt werden.

Die Angst vor einem Auseinanderdriften der Eurozone ist seit dieser Zeit groß. Eine Sorge, die mit mir auch Anton F. Börner teilt, Unternehmer und Präsident des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA), der von den Medien gern auch als »Chef der Exportwirtschaft« titulierte wird. Er lebt in Rom und ist mit den Gegensätzen zwischen der nord- und südeuropäischen Mentalität bestens vertraut. »Gesellschaften in den Südländern und im Norden funktionieren ganz anders. Hinzu kommen unterschiedliche Staatsphilosophien«, so Börner. Der Euro als de facto künstliche Währung werde letztlich durch nicht marktwirtschaftliche Maßnahmen am Leben erhalten. »Es besteht die Gefahr, dass ein noch intensiverer Geldtransfer von Nord nach Süd in Gang kommt. Noch macht sich dies nicht bemerkbar, weil es unserer Wirtschaft so gut geht.«

Börner mahnt: »Die Politik muss sich aber auch darüber im Klaren sein, ob eine solche Transferunion ohne Zustimmung des eigenen Wahlvolkes überhaupt noch machbar ist, denn der Bürger wird sich betrogen fühlen von solch einer Politik und die notwendige Toleranz nicht mehr aufbringen.«

Er vermutet, dass Deutschland ein nachhaltiges populistisches Problem bekomme, wenn den Menschen erst später klar werde, was seit Jahren gelaufen sei, nämlich dass sie durch ihre Steuern letztlich die Südländer mitfinanziert hätten. »Das würde Europa und den Euro zerreißen«, so die Sorge des BGA-Präsidenten.

Probleme mit der Rente

Keine Frage, die Eurokrise hat das Thema Gerechtigkeit neu befeuert. Viele Menschen gewannen zunehmend den Eindruck, dass die Politik einige wenige zu Gewinnern und die meisten zu Verlierern macht. Und bei kaum einem Thema wird dieses Gerechtigkeitsdefizit mehr gesehen als beim Thema Rente.

Auch Brigitte S. (64) versteht hier die Welt nicht mehr: »Als mein Mann, der Jahrzehnte auf dem Bau geknuppelt hat, nach einem Schlaganfall nicht mehr konnte, wurde er seinerzeit mit 900 Mark abgespeist. Wie sollte das denn gehen mit fünf Kindern zu Hause?«, fragt die Hausfrau und Mutter. »Aber wir haben uns eisern durchgebissen. Lieber den Kitt aus den Fensterrahmen essen, als Bittsteller beim Sozialamt werden, das war unser Motto. Wir haben es mit viel Arbeit und Geduld geschafft. Geschenkt hat uns aber niemand was.«

Frührentner Wolfgang R. (61) fragt sich zudem: »Ist es denn noch gerecht, wenn ein Beamter neben seinen üppigen Ruhestandsbezügen auch noch Weihnachtsgeld einstreicht? Sind wir anderen alle nur Bürger zweiter Klasse? Und Rentenbeiträge haben die Beamten ja nie eingezahlt, die bekommen dafür jetzt aus unseren Steuermitteln ihre guten Pensionen.«